Wirtschaft aktuell

14 / 2008 - Aktuelle wirtschaftspolitische Analysen der IG Metall

Wirtschaft
Technologie
Umwelt
Vorstand

Konjunktur 2008/09

Finanzmarktkrise dämpft das Wirtschaftswachstum

Das Frühjahrsgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute schätzt die Konjunkturdynamik für 2008 und 2009 sehr verhalten ein. Dieses Jahr soll die Wirtschaft noch um 1,8 Prozent wachsen, nächstes Jahr allerdings nur um 1,4 Prozent. Trotz der Finanzmarktkrise soll der Außenhandel in 2008 wieder die kräftigsten Wachstumsbeiträge erwirtschaften. Bei den Politikvorschlägen greifen die Forschungsinstitute wieder in ihren alten Instrumentenkoffer. Sie beschwören für die Zukunft moderate Lohnerhöhungen, lehnen Programme zur Stützung der Konjunktur ab und empfehlen stattdessen der Bundesregierung Steuersenkungen sowie eine maßvolle Ausgabenpolitik. Mindestlöhne in der von den Gewerkschaften vorgeschlagenen Höhe sind für die meisten Forschungsinstitute ein rotes Tuch.

Schwierige Prognosebedingungen

Die Forschungsinstitute haben es in diesem Jahr nicht leicht. Eine Konjunkturprognose ist derzeit besonders schwierig. Die Folgen der in den USA ausgelösten internationalen Finanzmarktkrise für die USA selbst und die gesamte Weltwirtschaft lassen sich nur schwer voraussagen. Die Forschungsinstitute vertreten eine allerdings feine optimistische Einschätzung, die von der IG Metall bislang noch geteilt wird. Die Politikvorschläge der Institute jedoch lehnt die IG Metall überwiegend ab.

Unsichere Weltkonjunktur

In den USA soll sich das Wachstum nur leicht abschwächen, von über zwei Prozent im letzten Jahr auf 1,5 Prozent in diesem. 2009 soll es dann wieder auf über zwei Prozent steigen. Dafür spricht einiges. Positiv gegen die weltweite Finanzmarktkrise wirkt erstens die günstige Lage der Produktionsunternehmen. Die meisten sind wegen der hervorragenden Geschäftslage in der Vergangenheit ziemlich unabhängig von Fremdfinanzierungen. Zweitens unterstützen Geldund Wirtschaftpolitik nach Kräften die Konjunktur. So sorgt die US-Notenbank Fed für die Liquidität von Banken und Privathaushalten und hat die Leitzinsen auf 2 1/4 Prozent gesenkt. Und die US-Regierung legte ein 170 Milliarden Dollar schweres Konjunkturprogramm auf. Die privaten Haushalte erhalten Steuergutschriften im Wert von 100 Milliarden Dollar und die US-Unternehmen Steuervergünstigungen in Höhe von 70 Milliarden Dollar.

Die **Schwellenländer** profitierten teilweise von den steigenden Rohstoffpreisen und einer zunehmenden Binnennachfrage, wodurch mögliche Exportverluste in die USA kompensiert werden.

Im **Euroraum** soll sich das Wachstum abschwächen, nach 2,6 Prozent in 2007 auf 1,7 Prozent in diesem und 1,6 Prozent im nächsten Jahr. Die Beitrittsländer bleiben in Europa der Wachstumsmotor, ihre Wirt-

schaftsleistung soll um 5,3 Prozent zulegen. Davon profitiert besonders die deutsche Exportindustrie.

Deutschland: Wachstum schwächt ab

In Deutschland ist die wirtschaftliche Entwicklung erheblichen Belastungen ausgesetzt: einer immer noch restriktiven Finanzpolitik, dem kräftigen Anstieg des Eurokurses gegenüber dem Dollar, steigenden Rohstoffpreisen und der Krise der Finanzmärkte. Dazu kommt eine weitere Belastung, die von den meisten Forschungsinstituten ignoriert wird. Das ist die chronische Nachfrageschwäche durch die Fehlentwicklungen bei der gesamtwirtschaftlichen Einkommensverteilung. Unter diesen Bedingungen und möglichen Nachfrageausfällen aus dem Ausland ist ein schwächeres Wirtschaftswachstums nicht verwunderlich.



Die Wachstumsbeiträge im Einzelnen

Größter Wachstumstreiber in Deutschland bleibt der Außenhandel. Allerdings fällt der "Außenbeitrag" – dahinter stehen in 2008 etwas geringer als im Vorjahr steigende Exporte (+ 5,4%) und wie im Vorjahr steigende Importe (+ 4,9%) – mit einem Beitrag zum Wachstum vom 0,6 Prozentpunkten deutlicher schwächer als 2007 mit 1,6 Prozentpunkten aus.

Investitionsdynamik schwächt ab

Die Investitionsdynamik schwächt sich spürbar ab. Sowohl das Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen als auch das der Bauinvestitionen soll sich laut Institute in diesem Jahr halbieren und in 2009 weiter zurückgehen. Da die Produktionskapazitäten aber weiter stark ausgelastet sind, investieren viele Unternehmen auch in die Erweiterung ihrer Anlagen. Hier könnte die Prognose zu pessimistisch ausfallen.

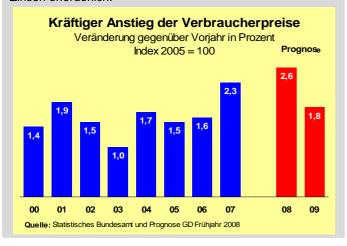
Privater Konsum bleibt schwach

Der private Konsum hat bislang noch nicht zu diesem Aufschwung beigetragen. Wenn das in 2008 der Fall sein soll, sind deutlich kräftigere Lohnerhöhungen und ein weiterer Beschäftigungsanstieg erforderlich.

In vielen Branchen gab es in diesem Jahr schon gute Tarifabschlüsse. Die Forschungsinstitute rechnen mit steigenden Nominallöhnen von 2,2 Prozent pro Beschäftigten. Nur – das ist zu wenig und wird den privaten Konsum kaum beflügeln. Doch diese Lohnzuwächse werden aller Voraussicht nach von den kräftig steigenden Preisen aufgefressen. Die Forschungsinstitute selbst rechnen damit, dass die Verbraucherpreise in 2008 um 2,6 Prozent steigen werden. Die Massenkaufkraft kann deshalb nur über zwei Wege gesteigert werden. Entweder über mehr Beschäftigung. Darauf setzen die Forschungsinstitute. Doch dieser Weg funktioniert nicht: Die realen Masseneinkommen sinken sogar um 0,1 Prozent. Oder über mehr Beschäftigung und noch höhere Durchschnittslöhne. Darauf setzt die IG Metall. Nur so kann der prognostizierte Zuwachs des Privaten Konsums von 0,8 Prozent (Wachstumsbeitrag 0,4 Prozentpunkte) erreicht werden.

Preissteigerungen kosten Kaufkraft

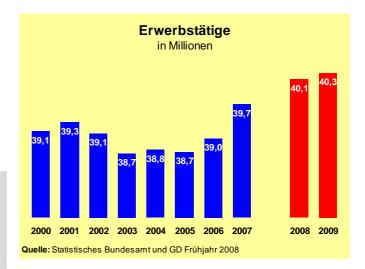
Der jüngste Preisauftrieb kommt von außen. Er ist weitgehend importiert. Lohnerhöhungen sind dafür nicht verantwortlich. So sind in den letzten Monaten die Lebensmittelpreise extrem angestiegen, ebenso die Rohstoff- und Energiepreise. Insgesamt sollen die Verbraucherpreise in 2008 um 2,6 Prozent ansteigen. Wenn die Europäische Zentralbank mit einer Anhebung der Zinsen gegensteuert, wäre dies konjunkturpolitisch kontraproduktiv. Sie würde die Konjunktur abwürgen. Um die Konjunktur zu stützen, wären statt dessen sinkende Zinsen erforderlich.



Arbeitsmarkt verbessert sich weiter

Erwerbstätigkeit und Beschäftigung werden in diesem Jahr weiter zunehmen. Der Beschäftigungszuwachs wird von den Forschungsinstituten allerdings überschätzt. Sie gehen von einem Anstieg der Arbeitsproduktivität von nur 0.2 Prozent aus. Das wäre der niedrigste Zuwachs in der Geschichte der Bundesrepublik. Und nur so lässt sich der von den Instituten prognostizierte kräftige Beschäftigungsanstieg von 1,2 Prozent erklären. Der zehnjährige Durchschnitt des Produktivitätsfortschritts 1997 bis 2007 liegt bei 1,5 Prozent. Die IG Metall geht von einem Anstieg in diesem langjährigen Mittel aus, schon deshalb, weil in einer Wachstumsphase eine kräftigerere Produktivitätsdynamik erwartet werden kann.

Die Arbeitslosigkeit wird, vor allem aus demografischen Gründen, stärker sinken als die Beschäftigung steigt. Nach einem Rückgang um 0,7 Mio. im letzten Jahr werden es dieses Jahr 0,6 Mio. und nächstes Jahr 0,2 Mio. sein. Damit würde die Zahl der registrierten Arbeitslosen 2009 erstmals seit langem unter drei Millionen sinken.



Zeit für ein Zukunftsinvestitionsprogramm

Wie in den Jahren zuvor sehen die Forschungsinstitute in der Konsolidierung der Staatsfinanzen das wichtigste staatliche Ziel. Doch der Staat muss seine Aufgaben wahrnehmen: Infrastruktur, Bildung, Umwelt- und Klimaschutz sind Zukunftsaufgaben. Damit werden Wachstum und Beschäftigung gestützt. Mit der schwächeren Konjunktur werden die Arbeitsmarkterfolge kleiner. Die Finanzkrise könnte die Entwicklung noch einmal kräftig nach unten drücken.

Es ist Zeit, dagegen zu handeln und nicht abzuwarten. Die wirtschaftliche Entwicklung muss stimuliert werden. Nicht wie in den USA, wo Steuergeschenke verteilt werden. Für die IG Metall stehen Investitionen in die Zukunft im Vordergrund. Die IG Metall fordert schon seit langem ein Zukunftsinvestitionsprogramm. Das hilft auch, die Konjunkturrisiken zu begrenzen.